

8. Stärkung des Milizsystems durch weniger Sitzungstage II

Parlamentarische Initiative Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg), Martin Huber (FDP, Neftenbach), Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil), Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen) vom 31. März 2025

KR-Nr. 109/2025

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Jedes Mal, wenn ich ein weisses Hemd anziehe, kommt mein knapp dreijähriger Sohn und fragt: «Papi, gahsch scho wieder Zug, Züri?» Und ich antworte: Ja, ich gehe schon wieder nach Zürich und bin nicht zu Hause. Aber nicht nur mein Sohn, auch meine Mitarbeiter und Kunden schätzen es, wenn ich am Montag im Geschäft bin. Kurz: Weniger Sitzungstage bedeuten die Stärkung unseres Milizsystems. Wir fordern fast täglich mehr Effizienz von der Regierung, aber auch von der Verwaltung, zum Beispiel mit Home-Office oder weniger Bürofläche oder weniger Personal und so weiter. Gehen wir mit gutem Beispiel voran, machen wir im Kantonsrat die Debatten effizienter, machen wir weniger Sitzungstage! Positiver Effekt zusätzlich: Wir sparen auch noch Geld. Bitte unterstützen Sie unsere Initiative. Danke.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Die rechte Ratsseite will neu nur noch dreimal pro Monat im Kantonsrat tagen und die Frage ist: Was soll das bringen und was soll das vor allem für die Miliztauglichkeit bringen? Wir wissen aus Studien, namentlich aus einer wissenschaftlichen Studie der HSG (*Universität St. Gallen*), dass regelmässige, wöchentliche Sitzungen am miliztauglichsten sind, weil sie eben die beste Planbarkeit bringen; Planbarkeit, lieber Domenik Ledergerber, für die Arbeit und auch Planbarkeit für die Care-Arbeit. Nun, wir haben ja vor einigen Monaten schon einmal über einen ähnlichen Vorstoss (*KR-Nr. 182/2022*) gesprochen, der die Halbierung der Sitzungstage verlangt hat, und ich habe Ihnen damals schon erklärt und Sie wissen es auch selbst: Normalerweise sind wir an Montagen mit den Fraktionssitzungen so um 15 Uhr, spätestens um 16 Uhr fertig – ich habe gehört, bei der SVP sogar sehr, sehr viel früher –, und das bedeutet, dass Sie genügend Zeit haben, wenn Sie es denn wollen, für weitere Engagements in der Politik, aber auch, um noch ins Büro zu gehen oder frühzeitig zu Hause zu sein und mit Ihren Kindern noch etwas Zeit zu verbringen.

Was bedeutet es, wenn wir weniger Kantonsratssitzungen haben? Das bedeutet eben auch, dass wir weniger Fraktionssitzungen haben. Und das bedeutet wiederum, dass wir die Kommissionsarbeit verlangsamen, denn für diese sind Fraktionsentscheidungen wichtig. Weniger Sitzungen bedeutet auch, dass wir weniger Zeit haben werden, um unsere eigenen Vorstösse zu behandeln, und das bedeutet eben auch, dass wir uns selbst einfach weniger ernst nehmen als Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Es ist heute schon so, dass wir an Sitzungen, bei denen die Regierung anwesend ist, immer zuerst die Vorlagen aus der Regierung beraten, und dann bleibt meist nur noch wenig Zeit für unsere eigenen Vorstösse. Es ist in vielen Direktionen so, dass man bis zu zwei Jahre, manchmal sogar länger

warten muss, bis Vorstösse behandelt werden. Das heisst, wenn ich jetzt in bestimmten Direktionen einen Vorstoss einreiche, ist nicht mehr klar, ob er noch behandelt wird, bis die Legislatur zu Ende ist. Wir haben jetzt schon weniger Doppelsitzungen als früher, weil die rechte Ratschälfte permanent Doppelsitzungen streichen will, und wir haben wieder 130 Geschäfte auf der Traktandenliste. Es ist auch so, dass wir vor einigen Jahren die Entschädigung für dieses Amt erhöht haben, und wir haben es besseren Sozialleistungen unterstellt, namentlich der Pensionskasse. Das ist absolut richtig, denn das hat auch die Miliztauglichkeit erhöht, denn dann kann man, wenn man möchte, sein Arbeitspensum reduzieren, ohne dann am Ende Lohn- und Renteneinbussen zu haben.

Ich habe es Ihnen schon anlässlich der letzten Debatte zum gleichen Thema gesagt und ich wiederhole mich jetzt hier: Ich habe einfach den Eindruck, dass die rechten Parteien in diesem Rat keine Lust haben, Probleme dieses Kantons zu lösen. Sie wollen weder die eigenen noch andere Vorstösse beraten. Und ich frage mich auch, was die Bürgerinnen und Bürger draussen von uns denken sollen, wenn wir in regelmässigen Abständen darüber sprechen, dass wir eigentlich weniger arbeiten wollen. Gerade die SVP ist ja immer sehr laut, wenn es darum geht zu sagen: Wenn man in dieses Amt gewählt ist, dann muss man es halt auch machen. Das war ja zum Beispiel die Begründung, weshalb Sie die Stellvertretungsregelung für die Parlamente ablehnen. Aber offensichtlich, stelle ich einfach fest, will man dieses Amt dann doch nicht richtig ausüben.

Zusammengefasst: Diese PI bringt eine massive Verschlechterung unserer Parlamentsarbeit, ohne bezüglich Miliztauglichkeit irgendetwas zu verbessern. Und es ist auch bezeichnend, dass Domenik Ledergerber kein einziges stichhaltiges Argument angeführt hat, was denn das bringen soll, ausser diese rührselige Papi-Geschichte. Meine Güte, reissen Sie sich zusammen, nehmen Sie sich und diesen Rat ernst und erscheinen Sie hier am Montag wie bis anhin. Und wenn Sie so genug haben von der Politik, dann gibt es ja auch noch ganz viele andere Tätigkeiten, bei denen man sich engagieren kann.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Ein Blick zurück: Der Rat hat die PI «Stärkung des Milizsystems durch Halbierung der Sitzungstage» knapp abgelehnt. Es war ein Zufallsergebnis, egal auf welcher Seite man steht. Und es geht ja um die Sitzungstage und nicht um die Anzahl Sitzungen. Man kann an einem Tag auch drei Sitzungen machen, das wäre denkbar. Mit dieser PI wird das Thema nochmals aufgegriffen. Wenn die Befürworter und die Gegner der Halbierung der Sitzungstage beide Federn lassen, dann haben wir einen guten Kompromiss. Testen wir also hier und heute die Kompromissfähigkeit dieses Rates.

Die Argumente bleiben die gleichen: Man hat etwas weniger Präsenzzeit – nicht weniger Sitzungen, weniger Präsenzzeit – und so mehr Zeit für die Familie, weil man vielleicht einmal ein verlängertes Wochenende machen kann, Schonung der Umwelt, wenn man drei Sitzungen macht, denn die Fahrtwege bleiben gleich, und man stärkt dadurch die Miliztätigkeit. Die FDP stimmt dieser Überweisung zu, tun Sie es uns gleich.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): Alter Wein in neuen Schläuchen. Nachdem sie mit ihrem Vorschlag, nur noch jede zweite Woche zu tagen, nicht durchgedrungen sind, wollen die Initianten und die Initiantin schon wieder am bewährten Sitzungsrhythmus des Kantonsrats schraubeln.

Eine komplizierte Vorlage: Man weiss nie recht, in welchem Monat nun eine Sitzung ausfällt. Irgendwann im Juni – oder ist es doch im Mai? – könnte zum Beispiel, je nachdem, wie der Pfingstmontag liegt, oder wenn der erste Montag im Monat der 1. Mai oder der 1. Juni ist, eine Kantonsratssitzung ausfallen, wobei jetzt gerade mein Beispiel mit dem 1. Mai unglücklich gewählt ist, da dieser ja ein Feiertag ist und die Kantonsratssitzung sowieso ausfällt. Planbarkeit sieht anders aus.

Eine unnötige Vorlage, haben wir doch wegen Feiertagen oder Ferien eh in den meisten Monaten nur drei Sitzungen, und die Traktandenliste ist seit Einreichen der PI nicht kürzer, sondern länger geworden.

Eine untaugliche Vorlage: Für alle Leute, die einen festen Stundenplan oder geordnete Arbeitszeiten haben, für alle, die eine feste Anstellung mit Präsenzpflcht haben, bringt dieser Freitag ausser organisatorischen Umtrieben gar nichts. Auch für allfällige Familienferien, weil zum Beispiel die Skiferien in der Gemeinde anders liegen als die Ratsferien, bringt dieser Vorschlag nichts, ausser von bürgerlichen Parteien verordnetes Chillen. Ein Parlament soll diskutieren – parlare – und Lösungen finden und nicht chillen.

Auch wenn die PI überwiesen werden sollte, kann ich mir nur schwer vorstellen, dass sie als Gesetzesvorschlag schliesslich das Parlament passieren wird. Bei der Umsetzung werden die Initianten einsehen, dass sie damit eine bürokratische, nicht nachvollziehbare Übung veranstalten, und das alles nur, damit pro Jahr etwa vier Sitzungen ausfallen. Bei Nichtbedarf können schon jetzt die Doppelsitzungen am Nachmittag gestrichen werden. Dazu, liebe Bürgerliche, braucht es kein Gesetz. Eine gelegentliche Streichung ist vielleicht gar nicht so schlecht. An den für die Meinungsfindung so wichtigen Fraktionssitzungen am Nachmittag können so die Themen gründlicher diskutiert werden, und für die eine oder andere der Veranstaltungen, die manchmal parallel laufen müssen, gibt es etwas mehr Luft.

Mit der vorliegenden PI schwächen wir unser Parlament. Das will die GLP nicht, wir überweisen diese PI deshalb sicher nicht.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Seit über acht Jahren bin ich jetzt in diesem Kantonsrat und seit über acht Jahren kann ich mich nicht daran gewöhnen, dass Vorstösse, die von beiden Seiten, links und rechts eingereicht und von der Regierung nicht akzeptiert, also mit einer Stellungnahme versehen werden, dass solche Vorstösse in unserem Rat zwei Jahre auf der Traktandenliste liegen. Ich bin hier in diesem Gremium, um Politik zu machen, und zwar nicht erst für die Enkel, sondern meistens, um mittelfristig und absehbar Veränderungen herbeizuführen. Ich nenne ein paar Beispiele: In der JI (*Direktion der Justiz und des Innern*) ist der älteste Vorstoss heute auf der Liste anderthalb Jahre alt und er ist immer noch

nicht behandelt. In der Volkswirtschaftsdirektion ist der älteste Vorstoss 20 Monate alt, in der Gesundheitsdirektion sind es zwei Jahre. In der Baudirektion liegt der älteste Vorstoss jetzt schon zwei Jahre und einen Monat auf der Traktandenliste, Sie können selber zurückrechnen, wann er eingereicht worden ist. Wissen Sie, was passiert, wenn wir so arbeiten? Wir schwächen uns selber und stärken die Regierung. Die Regierung kann nämlich immer eine Stellungnahme machen und den Vorstoss nicht zur Annahme empfehlen. Und dann hat sie zwei Jahre Zeit, um irgendetwas zu machen, was sie für sich selber besser findet. Ich nenne hier zum Beispiel jetzt einmal den Vorstoss zu den Forensic Nurses und zu den Krisenzentren. Die Motion 324/2021 zu Krisenzentren für die Opfer von sexueller Gewalt wurde am gleichen Tag eingereicht wie das Postulat zu den Forensic Nurses mit der Nummer 324/2021. Und was ist passiert? Die Regierung hat den einen Vorstoss entgegengenommen, den anderen nicht. Und als der andere zweieinhalb Jahre später hier im Rat behandelt und überwiesen worden ist, hat die Regierung ihre eigene Lösung, die sie wollte, schon lange umgesetzt. Aber wissen Sie, wie viele Fraktionen den anderen Vorstoss unterschrieben hatten? Sieben von acht, nur die SVP war nicht dabei. Es wurde so der SVP-Vorstoss überwiesen und der ganze Rest des Rates wurde so ausgetrickst, einfach indem wir zweieinhalb Jahre bereit sind zu warten, bis ein Vorstoss hier im Rat überwiesen wird. Glauben Sie, dass es mit Ihrer Lösung, dass wir noch weniger tagen, besser wird? Wenn ich hinüberschaue zu den Kollegen der SVP, sehe ich: Die meisten von ihnen haben die Hemdsärmel nicht hochgekrempelt, das machen sie offenbar nur auf den Wahlplakaten, dort stehen Sie dann so da (*Zwischenrufe*). Ja, ein paar von Ihnen haben es, aber die meisten eben nicht. Das ist für mich Zeichen genug, dass einige von Ihnen offenbar im Zusammenhang mit diesem Vorstoss amtsmüde sind und sich wirklich persönlich fragen müssen: Will ich eigentlich nur auf die Bremse treten oder will ich auch mal ein bisschen «fürschi» machen?

Noch etwas zum administrativen Aufwand: Sie sagen, dass Gewerbetreibende an den Montagen mehr arbeiten können müssen. Haben Sie überlegt, dass Gewerbetreibende auch Mitarbeitende haben und diese Mitarbeitenden im Kantonsrat sein könnten? Dann müssen Sie als Unternehmerin oder Unternehmer, für die Sie sich ausgeben, schauen «aha, jetzt kommt dieser Mitarbeiter diesen Montag, am nächsten aber nicht, am übernächsten schon». Wie machen Sie das? Sie können dem Mitarbeiter einfach sagen, «du kannst am Montag nicht arbeiten, ich kann für dich keinen Arbeitsplan machen und ich kann für dich auch keinen inhaltlichen Plan machen, das ist viel zu aufwendig». Klagen Sie nicht immer über Bürokratie, hier haben Sie die Bürokratie.

Statt dass wir uns selber schwächen und die Regierung noch mehr stärken, würde ich sagen, wir sollten eher das Gegenteil machen: Wir sollten schauen, dass die Vorstösse schneller behandelt werden und die Zeiten und die Fristen kürzer werden. Wir sollten eher wieder mehr Ratssitzungen haben, damit kein Vorstoss zweieinhalb Jahre auf der Traktandenliste herumliegt. Ich danke Ihnen.

Tina Deplazes (Die Mitte, Hinwil): Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass der Kantonsrat ein Perpetuum mobile ist: Je mehr Ratssitzungen stattfinden, desto mehr Vorstösse werden eingereicht, was wiederum zu mehr Sitzungen führt und so weiter (*Zwischenrufe*). Unter dieser Argumentation könnten wir nämlich auch drei oder vier Sitzungen pro Woche halten und würden die Traktandenliste nicht verkürzen können. Viele Ratsmitglieder engagieren sich neben Beruf und Familie zusätzlich. Eine Sitzung pro Woche ist für viele eine grosse zeitliche Belastung und Herausforderung. Drei Sitzungen im Monat schaffen hier eine spürbare Entlastung, ohne die Handlungsfähigkeit des Rates einzuschränken. Damit stärken wir auch die Attraktivität des politischen Engagements, gerade für Berufstätige und junge Familien. Wir haben in der letzten Zeit einige Rücktritte aufgrund der Vereinbarkeit des Kantonsratsmandats mit der beruflichen Tätigkeit erlebt. Das ist falsch und darf nicht geschehen. Politik soll für jede Person möglich sein, unabhängig von der aktuellen Lebenssituation.

Und Sibylle Marti, es ist halt nun mal nicht so, dass alle so wie ich beispielsweise im Büro arbeiten und am Nachmittag nach der Fraktionssitzung noch für zwei, drei Stunden ins Büro gehen können. Denn für viele Personen, beispielsweise in der Pflege oder im Detailhandel oder im Gastgewerbe, ist es nun mal nicht möglich, nach der Fraktion noch für zwei, drei Stunden arbeiten zu gehen, und dort hat man einen Arbeitsplan, den man genau mit der Jahresplanung des Kantonsrates abstimmen kann und wo man dann genau einplanen kann, an welchen Tagen man den ganzen Tag arbeiten kommen kann und an welchen Tagen man im Rat ist und dann nicht dabei ist. Die PI stärkt also deutlich die Miliztauglichkeit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Auch die Abnahme der Geschäftslast in der letzten Zeit spricht für die Reduktion der Anzahl Sitzungen. Zudem sind auch die Kosten ein entscheidendes Argument. Weniger Sitzungen bedeutet weniger Verwaltungsaufwand. Vor- und Nachbereitung, Raumnutzung, Protokollierung, technischer Support und alles weitere reduzieren sich entsprechend. Dies entlastet unsere Verwaltung personell und spart finanzielle Ressourcen.

Wir legen nahe, dass dieser eine Montag, wie von der GLP auch schon bemerkt, beispielsweise in eine Schulferienwoche gelegt werden kann. Dies erleichtert gewissen Parlamentarierinnen und Parlamentariern die Umstände. Besten Dank für die Unterstützung.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Ich fand jetzt die Papi-Geschichte nicht so schlecht. Stellt euch vor, es würde, wenn ich gehe, nicht heissen «oh schade, gehst du in den Kantonsrat», sondern meine Frau würde sagen «wann gehst du wieder in den Kantonsrat?». Das wäre dann ein anderes Statement, dann wäre sie nämlich froh, wenn ich wieder weg bin. Ich denke, hier kann man einfach unterschiedlicher Meinung sein. Das haben wir das letzte Mal gesehen, es war ja ganz, ganz knapp, als wir über eine Halbierung sprachen. Und ich verstehe, wenn jemand jetzt seinen Job reduziert hat und das immer am Montag geplant hat, dann ist das für ihn sicher nicht ideal. Ich verstehe aber auch den

Handwerker, der sagt: «Ich wäre froh, wenn ich diesen Tag mehr hätte.» Ich glaube, es bringt nichts, Leute hier bekehren zu wollen, weil man halt einfach unterschiedliche Interessen hat. Persönlich denke ich, dass das jetzt mal ein Kompromiss wäre. Bei der Halbierung waren wir ja nicht dabei, und jetzt kommt von der bürgerlichen Seite ein kräftiger Schritt mit diesen drei Tagen. Also wir könnten jetzt damit mal leben. Ich habe mir dann auch überlegt: Wenn es so schlimm wird, dass der Kanton Zürich untergeht, dann können wir das wieder ändern. Wir haben ja kein Interesse, kollektiv in die Wand zu fahren. Und was mir auch nicht ganz klar ist: Wenn ich die Arbeit an drei Tagen machen kann, wieso soll ich das nicht an drei Tagen machen, wieso soll ich vier nehmen?

Das einzige Argument, das ich sehe, ist, dass wir eine gewisse Aktualität verlieren. Wenn etwas passiert, dann war es jeweils schön, dass Sie oder wir oder wer auch immer gleich reagieren konnten. Und so haben wir dann eine gewisse Verzögerung und sind nicht mehr so nah am Puls.

Insgesamt als EVP geben wir den Papis, bei denen man weint, dass sie gehen, und den Papis, bei denen man froh ist, dass sie gehen, eine Chance. Wir werden diese PI unterstützen.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Die bürgerlichen und Mitte-Parteien haben sich richtiggehend am Thema «weniger Sitzungstage» festgebissen. Es ist bereits der zweite Vorstoss innerhalb von wenigen Monaten zu diesem Thema. Aus Sicht der AL ist es fraglich, ob unser Milizsystem durch weniger Sitzungstage gestärkt wird. Unserer Meinung nach privilegiert die vorgeschlagene Lösung einzig und allein die Selbstständigen und jene, die ein eigenes Geschäft haben oder in einem freien Beruf arbeiten. Die Angestellten im Rat werden ihr Arbeitspensum wegen eines Sitzungstags weniger pro Monat kaum erhöhen können. Auch lassen sich durch den Wegfall eines Sitzungstags die Arbeitspläne weniger gut und einfach gestalten. Wir haben aktuell immer noch sehr viele eigene Vorstösse aus den Jahren 2023 und 2024, die in diesem Rat noch nicht diskutiert wurden, so beispielsweise in der Gesundheitsdirektion oder der Volkswirtschaftsdirektion. Aus Sicht der Alternativen Liste wäre es wünschenswert, dass wir diesbezüglich schneller werden, und es wäre wirklich auch demokratischer. Dazu sind die Sitzungstage, so wie wir sie heute kennen, immer noch nötig. Auch aus diesem Grund unterstützen wir von der AL die PI nicht.

Und noch etwas zu Martin Huber, der gesagt hat, es gehe ja um Sitzungstage und wir könnten ja an diesen Sitzungstagen auch drei Sitzungen machen, wenn es die Geschäftslage erfordert: Im Kanton Basel-Stadt ist das so, da gibt es eine Morgensitzung, eine Nachmittagssitzung und eine Abendsitzung. Aber dann kommt natürlich auch wieder das Problem von Domenik Ledergerber und seinem Sohn (*Heiterkeit*). Dann ist er nämlich zum Abendessen nicht zu Hause, und er ist sicher jeden Abend für die Partei unterwegs (*der Angesprochene ist Präsident seiner Kantonalpartei*) und so wird sein Sohn auch nie mit ihm zu Abend essen können. Also sorry, es gibt immer Verlierer und Gewinner. Wir unterstützen nicht.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) spricht zum zweiten Mal: Ja, ich bin sehr erstaunt, Judith Stofer und die SP-Fraktionschefin (*Sibylle Marti*) haben ein Problem, wenn sich ein Vater mal um die Kinder kümmern will (*Heiterkeit*). Das ist wirklich sehr erstaunlich.

Zur Planbarkeit: Ich habe hier den Sitzungsplan für das Amtsjahr 2025/2026. Ich kann ihn gerne für Sie kopieren, ich weiss, wann wir im April 2026 hier tagen und wann nicht. Und wenn dieser Vorstoss umgesetzt wird, dann wissen wir das ebenso über ein Jahr im Voraus. Und wenn der Vorstoss so umgesetzt ist, wie von uns vorgeschlagen, würden gesamthaft für das Amtsjahr 2025/2026 acht Sitzungstage entfallen.

Und apropos Tempo: Genau, haargenau vor drei Monaten habe ich diesen Vorstoss eingereicht und wir können ihn heute schon überweisen. Ihr Problem mit dem Tempo, das steckt in der Verwaltung, bei der Regierung oder in den Kommissionen. Die Vorstösse werden in den Kommissionen hin und her gewälzt, gehen zurück zur Regierung und so weiter. Dort fehlt das Tempo, aber nicht hier im Rat bei den Überweisungen der Vorstösse.

Haben wir bereits jetzt zwölf Wochen Ferien, Thomas Forrer? Meine Mitarbeiter haben nicht zwölf Wochen Ferien. Also wenn sie hier im Kantonsrat Ferien haben, müssen sie oft auch dann am Montag arbeiten kommen, denn ganz wenige Unternehmen gewähren ihren Mitarbeitern zwölf Wochen Ferien wie in der Schule.

Zu Christoph Ziegler: Ich habe das Gefühl, dass du nicht weisst, was du an einem Montag tun sollst, wenn du keine Schule gibst und nicht hier im Kantonsrat bist. Aber Entschuldigung, der Kantonsrat ist keine Betreuungsanstalt. Ich will keine Berufspolitiker, ich will Politiker, die sich in Vereinen engagieren, einem Beruf nachgehen oder eben in der Familie für die Betreuung sorgen. Danke.

Ratspräsident Beat Habegger: Wir führen eine reduzierte Debatte. Das heisst, ausser den Sprecherinnen und Sprechern, die bereits gesprochen haben, dürfen Sie sich nicht zur Wortmeldung anmelden.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal: Herr Ledergerber, Sie versuchen also offenbar, den Leuten auch ein bisschen Sand in die Augen zu streuen. Es ist natürlich so, dass dieser Vorstoss nach drei Monaten drangekommen ist, und Sie wissen ganz genau, warum: weil es eine parlamentarische Initiative und in diesem Sinne gar kein Vorstoss ist, sondern eine Initiative. Sie vergleichen hier Kraut und Rüben miteinander. Als ich vorhin geredet habe, ging es mir um Motionen, Postulate, Interpellationen, die auf der Liste sind. Und das zeigt einfach auch, auf welchem Niveau Sie gerade gesprochen haben. Sie bringen alles durcheinander und liefern uns keine Argumente. Es ist auch nicht so, dass die Schule zwölf Wochen Ferien hat, die Schule hat dreizehn Wochen Ferien. Auch da bitte ich Sie doch, ein bisschen genauer zu sein. Und die Ratsferien sind viel länger, wissen Sie warum? Weil die SVP eine zweite Sportferienwoche einführen wollte und die Geschäftsleitung dies auch gemacht hat. Frühlingsferien haben wir

neuerdings auch, weil die SVP auch im Frühling – wegen Vereinbarkeit offenbar – nicht in den Kantonsrat kommen möchte. Und als Drittes muss ich noch sagen: Es gibt ganz viele Menschen hier in diesem Kantonsrat, die nicht auf ihrem eigenen Hof arbeiten. Und da müssen die Kinder jeden Morgen sagen «Papi, gehst du wieder zur Arbeit?», die sind völlig daran gewöhnt, dass ihr Papi oder auch ihre Mutter zur Arbeit gehen. Das ist also eher ein bisschen ein Luxusproblem, wenn Ihr Sohn vor der Schule an einem Morgen nicht mit Ihnen frühstücken kann.

Ratspräsident Beat Habegger: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 109/2025 stimmen 93 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Beat Habegger: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.